

## **Allgemein**

### **FRAGE 1**

Was läuft nach Auffassung ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?

#### **Antwort**

Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist noch weit vom Ideal eines inklusiven Schulsystems entfernt, dass allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird, jeden und jede in ihren Möglichkeiten fördert und unterstützt. Schule muss noch stärker ein Ort sein, wo Demokratie gelernt und gelebt wird und wo Alltagskompetenzen vermittelt werden. Schule braucht den weiteren Ausbau der Bildungsinvestitionen, um die Qualitätsbedingungen nachhaltig zu verbessern. m schaffen kann, der dann auch den Ansprüchen eines durchmischten Wohnens gerecht wird.

## **Bildungsunterfinanzierung**

### **FRAGE 2**

Was wird ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems unternehmen?

#### **Antwort**

Der Schulhaushalt in NRW ist seit 2010 um mehr als 3,8 Mrd. € gesteigert worden. Das ist ein Plus von 27%. Es wurden nicht nur die 10000 Stellen, die CDU/FDP bereits gestrichen hatte, erhalten, und Stellen, die im Haushalt gar nicht ausfinanziert waren gesichert, sondern zusätzlich mehr als 8000 Stellen geschaffen. Insgesamt sind es inzwischen so mehr als 20000 Stellen mehr im System. Das hat dazu geführt, dass der Lehrerbearbeitungsmarkt angespannt ist. Deshalb muss auch kontinuierlich für die Ausbildung gesorgt werden, deren Kapazitäten wir nach schwarz/gelb wieder aufgestockt haben. Die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen wie z. B. auch das Absenken der Klassenfrequenzrichtwerte, Team- und Fortbildungszeiten sowie der Einsatz von multiprofessionellen Teams und ein weiterentwickelter Sozialindex erfordert weitere Investitionen, die wir auch leisten wollen. Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode den Etat weiter überproportional steigern, um Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verbessern.

### **FRAGE 3**

Wie möchten Sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?

#### **Antwort**

Das Land hat die Mittel für die Kommunen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz GFG erheblich gesteigert. Darin enthalten ist auch die Bildungspauschale für die Aufgaben der Kommunen als Schulträger. Darüber hinaus haben wir das Programm „Gute Schule 2020“

aufgelegt, um die Kommunen bei Schulbau und –sanierung sowie bei der Schaffung digitaler Infrastruktur zu unterstützen. In den nächsten vier Jahren stehen dafür 2 Mrd. Euro zur Verfügung, zusätzlich zu den 2 Mrd. aus der Bildungspauschale. Für die kommunalen Aufwendungen zur schulischen Inklusion, z.B. für die Herstellung von Barrierefreiheit an Schulen und personelle Unterstützung, z. B. Schulbegleiter für das gemeinsame Lernen, erhalten die Kommunen zusätzlich 40 Mio. pro Jahr.

#### **FRAGE 4**

Wie steht ihre Partei zu den Forderung der LSV NRW ein landesweites kostenloses Schüler\*innen Ticket einzuführen?

#### **Antwort 4**

Wir wollen für alle Menschen in NRW ein kostengünstiges Nahverkehrsticket. Deshalb wollen wir ein Monatsticket für 60 Euro mit einer landesweiten Gültigkeit. Das wären 2 Euro pro Tag. Für Schüler\*innen und Auszubildende wollen wir noch deutlich günstigere Preise. Schon heute gibt es mit Landesunterstützung das Schokoticket im Verkehrsverbund VRR mit einer verbundweiten Gültigkeit für 1,14 Euro pro Tag. Das könnte eine Ausgangsbasis für ein NRW-weites Schülerticket sein.

#### **FRAGE 5**

Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch in Zukunft sicherzustellen?

#### **Antwort**

In NRW gibt es eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft für Schule. Dabei ist das Land für die inneren, die Kommunen als Schulträger für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig. Beim Personal heißt das, das das Land für das pädagogische, die Kommune für das nichtpädagogische Personal zuständig ist. Bis 2013 hat der Bund die Kommunen bei der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket unterstützt und sich dann ohne Ersatz völlig zurückgezogen. Das Land ist mit 47 Mio. pro Jahr eingesprungen, um die Schulsozialarbeit zu sichern. Wir sehen weiter den Bund in der Pflicht, werden aber alles Notwendige tun, um die Schulsozialarbeit dauerhaft zu sichern.

#### **FRAGE 6**

Wie steht ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?

#### **Antwort**

Das Kooperationsverbot für Schule und Hochschule gehört schnellstens abgeschafft. Es sollte vielmehr durch ein Kooperationsgebot ersetzt werden, damit der Bund bei wichtigen Aufgaben wie Ganzttag, Schulsozialarbeit, Inklusion, Schulbausanierung und digitaler Infrastruktur Verantwortung übernehmen kann.

## **G8, G6 & IGGS**

### **FRAGE 7**

Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?

### **Antwort**

Der Streit um längere oder kürzere Schulzeit dreht sich zu sehr um Schulstruktur. Die überstürzte Einführung von G8 unter schwarz-gelb mit der Kürzung in der Sekundarstufe I war ein massiver Fehler. Wir wollen raus aus den Strukturdebatten und individuelle Lernzeiten umsetzen, die die Schüler\*innen selbst entscheiden.

Die Schülerschaft in NRW wird bunter und vielfältiger. Wir wollen, dass die Schule jedem Kind gerecht wird und nicht umgekehrt. Deshalb wollen wir ernst machen mit dem Recht auf individuelle Förderung, wie es im Schulgesetz steht. Wir werden schulgesetzlich dafür sorgen, dass die Schüler\*innen an jedem Gymnasium die Möglichkeit haben, das Abitur nach acht oder neun Jahren abzulegen. Dabei knüpfen wir auch an die guten, innovativen Ansätze von Schulen an, die heute schon erfolgreich individuelle Lernzeiten praktizieren, wie z. B. mit reformpädagogischen Konzepten wie der Dalton-Pädagogik. Das Gymnasium in Alsdorf hat den Deutschen Schulpreis erhalten und entwickelt das Konzept stetig weiter. Zuletzt mit der Flexibilisierung der Schulanfangszeiten in der SEK II.

Auf das einzelne Kind kommt es an. Deshalb sollen auch Gesamtschulen mehr Freiheiten erhalten, Bildungswege noch individueller zu gestalten.

Die zweite Fremdsprache soll in allen weiterführenden Schulen wieder mit der Klasse 7 beginnen, um den Druck am Beginn der SEK I zu vermindern. In der Orientierungsstufe kann so die Basis gefestigt, mehr selbstbestimmtes und kooperatives Arbeiten erlernt werden.

### **FRAGE 8**

Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landeschüler\*innenvertretung NRW?

### **Antwort**

Grüne stehen schon lange für längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem verwirklichen. Die IGGS bietet die pädagogische und organisatorisch beste Grundlage.

ein inklusives Bildungssystem ist allerdings nicht mit dem Umlegen eines Schalters schulgesetzlich erreichen. Nicht nur erfolgreiche das Volksbegehren „Stop Koop“ gegen die allgemeine Umwandlung der SEK in eine Kooperativen Gesamtschule oder der Volksentscheid gegen die Hamburger Schulreform haben das gezeigt. Mit dem Schulkonsens 2011 ist es uns gelungen, ideologische Frontstellungen für und gegen integrierte Schulformen zu überwinden und wichtige und überfällige Strukturreformen vor Ort zu ermöglichen. Seither hat sich die Zahl der integrierten Schulen mehr als verdoppelt. Das ist ein enormer Erfolg. Gleichzeitig wurde mit dem Schulkonsens die Verankerung der Hauptschule als Pflichtschule in der Landesverfassung gestrichen und integrierte Schulformen verankert.

Eine Flexibilisierung in der Sekundarstufe, die eine optionale Schulzeitverkürzung ermöglicht, war Teil des rotgrünen Konzepts 2005. Durch Beschlüsse der Kultusministerkonferenz ist mittlerweile eine solche Flexibilisierung erschwert. Sie würde eine hohe Verdichtung in einer zweijährigen Oberstufe bedeuten und die Kurswahlmöglichkeiten erheblich einschränken sowie das Lernen und Lerninhalte noch mehr auf die zentralen Prüfungen konzentrieren.

## **FRAGE 9**

Fordert ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?

## **Antwort**

Wir haben im Schulkonsens eine Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte (für Grundschulen auf 22,5, bei Gymnasien, Gesamt- und Realschulen auf 26) vereinbart und schrittweise umgesetzt. Den Prozess wollen wir weiterführen.

## **FRAGE 10**

Wie steht ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren „G9-jetzt!“?

## **Antwort**

Dem laufenden Volksbegehren liegt ein Gesetzentwurf der Initiative G9-jetzt-NRW zugrunde, der eine Reduzierung von Wochenstunden auch an anderen Schulformen vorsieht. Damit würden an Gesamt-, Real-, Haupt- und Sekundarschulen wichtige Ressourcen fehlen, die

Vertiefung und zur individuellen Förderung genutzt werden und überdies auch die Finanzierung des Ganztags beeinträchtigen. Für das Gymnasium liegt dem Gesetzentwurf die Vorstellung des „alten“ Halbtagsgymnasiums zugrunde. Wir lehnen das Volksbegehren ab.

### **FRAGE 11, 12 + 13**

- Wie steht ihre Partei zum verpflichtenden Ganzttag mit Freizeitangeboten für alle Schüler\*innen und wie sollte ein solcher Ganzttag ihrer Meinung nach aussehen?
- Möchte ihre Partei das außerschulische Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in ihren Augen erreicht werden?
- Wie kann man Schüler\*innen mehr Freiräume für ihr soziales und politisches Engagement ermöglichen?

### **Antwort**

Der offene Ganzttag in der Grundschule und der gebundene in der Sekundarstufe I sind deutlich und bedarfsgerecht ausgebaut worden. Diesen Ausbau wollen wir weiter fördern. Außerdem wollen wir die Qualität der Ganztagsangebote verbindlicher festlegen und sichern. Je mehr Kinder am Ganzttag teilnehmen, umso eher entstehen auch Ganztagszüge und Ganztagsklassen, so dass ein strukturierter offener Ganzttag die Vorteile offener und gebundener Formen des Ganztags in sich vereinigt. Wir wollen es erleichtern, auch gebundene, also für alle Schüler\*innen verbindliche Ganztagssschulen, einzurichten, wenn sich die Schulkonferenz dafür ausspricht. Ein\*e Erzieher\*in pro Gruppe: Wir werden mit etwa 500 Millionen Euro pro Jahr Wir wollen für jede Ganztagsgruppe in der OGS eine Erzieherin oder einen Erzieher plus ergänzendes Personal finanzieren und dafür 500 Mio. Euro bereitstellen. Schulen, die komplette Ganztagszüge anbieten, sollen ein zusätzliches Bildungsbudget von 15.000 Euro erhalten.

Für Familien mit weniger als 18.000 Euro Jahreseinkommen soll der Ganzttag landesweit kostenfrei werden. Mittelfristig ist es unser Ziel, auch den offenen Ganzttag für alle Eltern insgesamt beitragsfrei zu gestalten.

In der Sekundarstufe I werden wir weiterhin den Ganzttag bedarfsgerecht ausbauen und die finanziellen Mittel für die Mitwirkung außerschulischer Partner erhöhen. Darüber hinaus wollen wir den Schulen mehr Mittel für flexible Angebote außerhalb eines gebundenen Ganztags zur Verfügung stellen. Für flexiblere Angebote, etwa am frühen Morgen, nach 16 Uhr und in den Ferien, werden wir das Budget auf 35 Millionen Euro verdoppeln. Das Budget für Förderangebote, zusätzliche Lernzeiten und Arbeitsgemeinschaften in der Sekundarstufe I werden wir um 38 Millionen Euro erhöhen.

Wir GRÜNE wollen die neue Anerkennungskultur der außerschulischen Bildung in der Schule stärken. Davon profitieren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Schule

und ihre außerschulischen Partner\*innen aus Kultur, Sport und Vereinen. Sie müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um Nachmittagsunterricht, schulische Ganztagsangebote, außerschulische Angebote und Freizeit der Schüler\*innen in Einklang zu bringen. Schulen sollen das soziale, kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger Menschen würdigen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten zur Anerkennung und Freistellung für außerschulische Aktivitäten in Schulen aktiv befördern. Dadurch werden Schüler\*innen frühzeitig ermutigt und bestärkt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Schulen sollen das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Schüler\*innen verstärkt unterstützen und den Ansatz des „Engagement Lernens“ in geeignete Unterrichtsformate integrieren.

## **Beteiligung Jugendlicher und Stärkung der SV-Arbeit / Mitbestimmung**

### **FRAGE 14**

Wie steht ihre Partei zum allgemeinpolitischen Mandat von Schüler\*innenvertretungen?

### **Antwort**

Schule als ein Ort gelebter Demokratie braucht Partizipationsmöglichkeiten für Schüler\*innen. Der umfassende Bildungs- und Erziehungsauftrag, wie er in §2 des Schulgesetzes verankert ist, beinhaltet u.a. auch das Eintreten für „friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben“. Daraus ergibt sich, dass auch Themen jenseits der schulorganisatorischen Fragen Gegenstand der Beratung der SV-Gremien sind. Es ist aus unserer Sicht geradezu erwünscht, dass sich Schüler\*innen und ihre Vertretungen mit solchen Fragen beschäftigen und sich engagieren. Gerade in Schulen, die Teile der Netzwerke „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ sind, haben Schüler\*innen wichtige Beiträge für eine umfassende Sicht auf politische Zusammenhänge beigetragen.

### **FRAGE 15**

Wird ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler\*innenvertretungen stark machen?

### **Antwort**

Wir unterstützen, dass in kommunalen Schulausschüssen auch Vertreter\*innen von Stadelternräten und Bezirksschüler\*innenvertretungen eine beratende Stimme erhalten. Wegen der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstbestimmung obliegt die Entscheidung darüber den Stadträten und Kreistagen. Für eine entsprechende Regelung machen sich Grüne vor Ort immer wieder stark.

## **FRAGE 16**

Gäbe es unter ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler\*innenvertretungen, Bezirksschüler\*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,00 Euro pro Schule und Schuljahr?

## **Antwort**

Die Förderung der Jugendarbeit, auch der politischen, ist für uns sehr wichtig. Der Jugendförderplan wurde deutlich auf 109 Mio. Euro aufgestockt. Wir wollen in der nächsten Legislatur eine weitere Erhöhung um 20% erreichen.

Eine Förderung der SV kann aus dem Schuletat erfolgen und sollte besonders auch für SV-Fortbildungen und Seminare bereitstehen.

## **Digitalisierung des Bildungssystems**

### **FRAGE 17**

Was bedeutet für ihre Partei die Digitalisierung von Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?

## **Antwort**

Die Gesellschaft wird immer stärker durch Digitalisierung und Mediatisierung geprägt. Schulen müssen künftig noch besser auf ein Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten. Zugang zu und aktive Nutzung von digitalen Medien im schulischen Lernen ist dabei für alle Lernenden wichtig. Gerade beim Lernen im Digitalen Wandel ist der kontinuierliche Dialog von Eltern, Lehrkräften, den Lernenden selbst und der Politik besonders wichtig. Grüne Schulpolitik gestaltet diese Dialoge in Zusammenarbeit mit den kommunalen Schulträgern.

Mit dem Leitbild „Bildung 4.0 Lernen im Digitalen Wandel“ haben wir Schulen eine klare Zielperspektive gegeben. Wir haben mit dem Medienpass NRW ein bundesweit beachtetes Instrument, um Medienkompetenz integriert in den Fächern zu fördern. Wir haben die Zahl der Medienberater\*innen mehr als verdoppelt, die Schulen in ihren Entwicklungsprozessen begleiten. Auch in der Lehrerbildung haben wir Lernen in der digitalen Welt verankert. Mit dem Programm „Gute Schule 2020“ fördern wir die Herstellung der digitalen Infrastruktur durch die Schulträger (über 2 Mrd. Euro).

Wir wollen den Medienpass um den Kompetenzbereich Informatische Bildung ergänzen und ihn verbindlich gestalten. Medienberater\*innen sollen weiter qualifiziert und besser vernetzt werden, damit das Leitbild Bildung 4.0 besser in das schulische Lernen integriert werden kann. Wir werden die Schulen mit guten digitalen Lernmitteln noch besser unterstützen. Dafür wollen wir die Erprobung digitaler Schulbücher fortsetzen und die Entwicklung und Verbreitung hochwertiger, freier Bildungsmaterialien (Open Educational Resources OER) verstärken.

Mit dem Programm Gute Schule 2020 helfen wir den Schulträgern, in den Schulen die

notwendige Infrastruktur aufzubauen.

### **FRAGE 18**

Wie stehen Sie zum „Bring your own device“-Konzept?

#### **Antwort**

„Bring your own device“ (byod) ist ein guter und mit Erfolg schon praktizierter Weg, um digitales Lernen vielfältig zu ermöglichen und kritische Medienkompetenz zu stärken. Auch wenn nach jüngsten Studien gut 90% der Jugendlichen ein Smartphone besitzen, braucht es in der Schule die Möglichkeit Geräte zur Verfügung zu stellen, um diskriminierungsfrei digitaler Spaltung entgegenwirken zu können. Lehrmittelbeiträge sollen auch für digitale Endgeräte eingesetzt werden können.

### **Bildungsgerechtigkeit / Durchlässigkeit des Bildungssystems**

#### **FRAGE 19**

Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?

#### **Antwort**

Das dreigliedrige Schulsystem bildet grundsätzlich ein Bildungsdenken ab, das im 19. Jahrhundert wurzelt. Eine frühzeitige Sortierung von Schüler\*innen nach vermeintlichen Begabungen auf besondere Schulformen ist mit dem Anspruch eines inklusiven Schulsystems schwer vereinbar. Grüne haben sich immer wieder für ein längeres gemeinsames Lernen und integrierte Schulen eingesetzt, weil sie mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen. So haben rund 70% der Schüler\*innen, die an einer Gesamtschule das Abitur bestehen, keine Gymnasialempfehlung nach der vierten Klasse gehabt. Nach dem Schulkonsens konnte das längere gemeinsame Lernen enorm ausgebaut werden (s.o.).

### **FRAGE 20**

Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kinder und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?

#### **Antwort**

Mit einem Sozialindex wollen wir besonders die Schulen und Kinder aus schwierigen sozialen Lagen unterstützen. Dazu gehört auch die Verstärkung von multiprofessionellen Teams u.a. mit Sozialarbeiter\*innen, Sozialpädagog\*innen, Schulpsycholog\*innen.



Der Ganzttag bietet eine weitgehende Integration von Hausaufgaben in die Schule durch Vertiefungs- und Übungseinheiten. Das kommt vor allem denen zu Gute, deren Eltern nicht bei den Hausaufgaben helfen können

Wir nehmen auch die Bildungsgerechtigkeit für Kinder mit Migrationshintergrund in den Blick. Dafür braucht es mehr interkulturelle Kompetenzen der Lehrkräfte, z.B. durch Fortbildung, eine Elternqualifizierung, wie sie in einem Modellprojekt mit FESCH (Forum Eltern und Schule) in NRW erfolgt und eine andere Wertschätzung der Mehrsprachigkeit von Schüler\*innen. Unser Ziel ist eine sprachensible Unterrichts- und Schulentwicklung, die die Schüler\*innen mit ihren jeweiligen sprachlichen Ressourcen und ihrem täglichen Erleben in den Vordergrund stellt und alle Sprachen der Kinder und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzt.

## **FRAGE 21**

Möchte ihre Partei zu den aktuell bestehenden Ziffernoten zu Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?

## **Antwort**

Die klassischen Ziffernoten geben zu wenig differenzierte Rückmeldung über die individuelle Leistungsentwicklung. Deshalb wollen wir weiterhin an neuen Formen der Leistungsbewertung und einer qualifizierten Feedback-Kultur arbeiten, die Schüler\*innen und die Eltern einbezieht und auch alternative Formen wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher umfasst.

## **FRAGE 22**

Ist es sinnvoll Schüler\*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas ändern wollen und wenn ja, was?

## **Antwort**

Wie oben beschrieben, ist die Sortierung nach der vierten Klasse aus unserer Sicht mehr als problematisch. Deshalb haben wir auch die Verbindlichkeit Grundschulempfehlungen abgeschafft. Rund 1000 Grundschulleitungen haben 2010 eine Protestresolution unterzeichnet und dargelegt, dass es aus ihrer Sicht gar nicht verlässlich möglich ist, bei 9-10-Jährigen eine Empfehlung über die Schullaufbahn abzugeben. Wir haben auch deshalb das Modellprojekt PRIMUS initiiert, das ist eine Schule von Klasse 1 bis 10.

### **FRAGE 23**

Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher\*innen weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?

### **Antwort**

Wir setzen auf Prävention z.B. durch das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“, mit dem wir frühzeitiger einsetzen. Außerdem müssen Lehrkräfte stärker für das Thema Schulmüdigkeit, die oft in Schulabbruch mündet, sensibilisiert werden. Schließlich haben wir das Angebot der Berufskollegs reformiert gerade im Hinblick auf Jugendliche, die in der Regelschule gescheitert sind oder zu scheitern drohen. Außerdem setzen wir uns für die Regelförderung von nachholenden Schulabschlüssen an Volkshochschulen ein und haben die Weiterbildungskollegs gestärkt.

### **FRAGE 24**

Wird ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?

### **Antwort**

Studiengebühren haben wir abgeschafft und es wird mit uns auch keine Wiedereinführung geben. Die deutliche Zunahme der Studierendenzahlen in NRW zeigt, dass Studiengebühren ein Hinderungsgrund ist. Sie führen dazu, dass Jugendliche aus Haushalten mit niedrigerem Einkommen seltener studieren.

### **FRAGE 25**

Was muss aus ihre Sicht getan werden damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?

### **Antwort**

Schulen und Weiterbildungseinrichtungen haben insgesamt die unerwartet hohe Zahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sehr engagiert aufgenommen. Das Land hat seinerseits frühzeitig mit zusätzlichen Lehrkräften und multiprofessionellem Personal auf die Zunahme der Schülerzahlen reagiert, früher und umfangreicher als andere Bundesländer. Mit veränderten Angeboten konnte auch die Beschulung der Über-18-Jährigen sichergestellt werden. Die Geflüchteten haben ein Recht auf Bildung!

Mit dem Integrationsplan NRW haben wir die künftigen Herausforderungen zu Integration der Geflüchteten beschrieben und mit Maßnahmen hinterlegt. Vieles ist nicht nur im Hinblick auf Geflüchtete nötig und richtig, wie z.B. das Konzept einer durchgängigen Sprachbildung oder die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Lehrenden.

### **FRAGE 26**

Denkt ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler\*innen führt?

### **Antwort**

Wir begrüßen, wenn Schulen sich ein besonderes Profil geben, sich z.B. entscheiden, Europaschule zu werden oder der musisch-kulturellen Bildung einen besonderen Stellenwert zu geben. Einen Wettbewerb von Schulen z.B. mit einem Leistungsranking lehnen wir ab. Das fördert ein „Blaming and Shaming“ anstatt eventuelle Defizite oder Nachteile durch Unterstützungsmaßnahmen, z.B. für Schulen in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen, auszugleichen.

### **FRAGE 27**

Was halten Sie von dem Konzept zur völlig kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität? Wenn Sie dies befürworten, was wären mögliche Ansätze zur Finanzierung?

### **Antwort**

Wir wollen, dass Bildung grundsätzlich kostenfrei ist. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gemacht. Im nächsten Schritt wollen wir die Beiträge für den Offenen Ganztag schrittweise abschaffen, beginnend mit den Beiträgen für Geringverdiener. Auch die Kindertageseinrichtungen wollen wir perspektivisch kostenfrei machen. Hier hat aber für uns zunächst der weitere Ausbau und die Verbesserung der Bereuungsqualität Vorrang.

## **Demokratie und Partizipation**

### **FRAGE 28 + 29**

- Steht ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?
- Wird es unter ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler\*innenvertreter\*innen in Fachkonferenzen geben?

### **Antwort**

Eine der ersten Maßnahme nach der Regierungsübernahme war die Wiederherstellung der Drittelqualität in der Schulkonferenz, die gerade auf Drängen der Grünen 2005 im Schulgesetz verankert worden war und ein Jahr später von schwarz-gelb wieder abgeschafft wurde. Die Erfahrungen zeigen, dass die Drittelparität nicht zum befürchteten Chaos führt, sondern ganz in unserem Sinne zu einer verantwortlichen Mitwirkung.

Wir GRÜNE wollen über die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz hinaus die Partizipationsmöglichkeiten von Schüler\*innen weiter verbessern.

Die Drittelparität soll sich auch in anderen Gremien abbilden können. Wir wollen die Partizipation der Schüler\*innen auf allen Ebenen – von der Grundschule an – stärken und

altersgerecht ausweiten.

### **FRAGE 30**

Fordert ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?

#### **Antwort**

Wir haben uns im Rahmen der Verfassungskommission massiv für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre eingesetzt. Leider hat es keine ausreichende Mehrheit gegeben. Wir werden auch in der nächsten Legislatur für eine Absenkung streiten.

### **FRAGE 31**

Welche Ideen hat ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?

#### **Antwort**

Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Frauenverachtung, Nationalismus und andere menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue demaskiert und bekämpft werden. Demokratisches Handeln und kritisches Denken müssen von Kindesbeinen an erlernt und laufend anschaulich erfahren und neu gestaltet werden.

Deshalb werden wir auch weiterhin die demokratische Bildung in den Schulen stärken und ausbauen und uns noch stärker dem demokratischen Erleben und Erfahren widmen. Wir wollen Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage und Schule der Vielfalt – Schule gegen Homophobie weiter unterstützen. Allein die Zahl der Schulen mit Courage ist seit 2010 von gut 200 auf weit über 600 gewachsen.

### **Inklusion**

#### **Frage 32-34**

- Befürwortet ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?
- Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?
- Welche Prioritäten sieht ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?
- Möchte ihre Partei an den Förderschulen als Schulform festhalten?

#### **Antwort**

Die Schaffung eines inklusiven Schulsystems ist menschenrechtlich geboten und steht nicht zur Disposition. Es ist eine Generationenaufgabe, ein Bildungssystem, das traditionell eher auf Sortierung setzt, weiterzuentwickeln hin zu einem Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Eigenart annimmt und sie individuell fördert. Die Aufgabe

richtet sich an Eltern, Schüler\*innen, Lehrkräfte, Schulträger, Kommunen und Land. Es richtet sich an alle Schulen und alle Schulformen.

Die Schaffung eines inklusiven Schulsystems ist menschenrechtlich geboten und steht nicht zur Disposition. Es ist eine Generationenaufgabe, ein Bildungssystem, das traditionell eher auf Sortierung setzt, weiterzuentwickeln hin zu einem Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Eigenart annimmt und sie individuell fördert. Die Aufgabe richtet sich an Eltern, Schüler\*innen, Lehrkräfte, Schulträger, Kommunen und Land. Es richtet sich an alle Schulen und alle Schulformen.

Wir haben mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz bewusst ein „Erstes Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen“ auf den Weg gebracht und darin erstmalig das Recht auf eine inklusive Beschulung verankert. Die Umsetzung erfolgt schrittweise aber zielstrebig. Seit Verabschiedung des Gesetzes haben wir über 1 Mrd. Euro in die Inklusion investiert. Unter anderem haben wir deutlich mehr personelle Ressource zur Verfügung gestellt. Hier sind aber noch weitere Anstrengungen nötig. Problematisch ist der Mangel an Sonderpädagog\*innen. Hier sind in der Vergangenheit zu wenige ausgebildet worden. Wir haben deshalb die Studienkapazität für Sonderpädagog\*innen deutlich erhöht. Allerdings braucht es einige Jahre, bis die neuen Kräfte auch ausgebildet den Schulen zur Verfügung stehen.

Schwierig ist auch, dass es an einigen Schulen grundsätzliche Vorbehalte gibt. So wehren sich einige Gymnasien und Gymnasialverbände gegen die zieldifferente Unterrichtung. Auf der anderen Seite gibt es Gymnasien, die genau das mit Erfolg tun.

Wir werden den Prozess der Inklusion weiter fortlaufend evaluieren und bei Bedarf nachsteuern. Das haben wir auch schon jetzt mit ca. 1500 zusätzlichen Stellen getan. Dinge, die sich gut entwickelt haben – etwa Beratungs- und Unterstützungsansätze wie bei den Beratungshäusern oder dem Coaching-Modell von „mittendrin e. V.“ –, wollen wir in die Fläche bringen, damit die Schulen in ganz NRW davon profitieren können. Wir wollen Beispiele erfolgreich arbeitender Schulen bekannter machen, mehr Ressourcen für das Change Management und für Teambildung zur Verfügung stellen und mehr multiprofessionelles Personal zur Unterstützung.

Die Zahl der Förderschulen ist (im Bereich Lernen stark) rückläufig, weil Eltern nun einen Platz an einer Regelschule wählen können und davon auch Gebrauch machen.

Wir haben uns dafür entschieden, die Förderschulen Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung sowie Sprache nicht von Landesseite zu schließen. Das verlangsamt Prozesse und benötigt mehr Ressourcen. Ein landesweites Schließen der Förderschwerpunkte zu einem Zeitpunkt hätte aber die Regelschulen überfordert. In den weiteren Förderschwerpunkten wird es auch weiterhin Förderschulen geben. Durchlässigkeit (temporäre Beschulung) und Kooperation sollen im Prozess verstärkt unterstützt werden, um die Systeme weiter zu öffnen.

Im Bereich der Sinnesschädigungen zeigt sich, wie eine Förderschule arbeiten kann, deren Schüler\*innen vielfach in Regelschulen lernen.

## **Vermischtes**

### **FRAGE 35**

Wie steht ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?

### **Antwort**

Der Religionsunterricht ist verfassungsmäßig garantiert. Wir haben als Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung den Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler\*innen von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit vom Schulministerium erstellten Curricula unterrichtet werden. NRW ist damit bundesweiter Vorreiter. Für die Lehrer\*innenausbildung in diesem Fach haben wir einen eigenen Lehrstuhl in Münster geschaffen. Die Zwischenevaluation zeigt, dass der Islamische Religionsunterricht einen wichtigen Beitrag für Integration darstellt.

Gleichzeitig nimmt die Anzahl der konfessionell gebundenen Schüler\*innen kontinuierlich ab. Deswegen wollen wir ergänzend zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht das Fach Philosophieren mit Kindern in der Grundschule einführen, damit sich Kinder mit Sinn-, existentiellen und Wertefragen außerhalb eines bekenntnisorientierten Unterrichts auseinandersetzen können. Es ist verstärkt darauf zu achten, dass Schulen über die Freiwilligkeit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht informieren.

### **FRAGE 36**

Wie können die globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRWs erhalten?

### **Antwort**

Bildung ist ein entscheidender Schlüssel für nachhaltiges Handeln. Um daher die Gestaltungskompetenz für nachhaltiges Handeln auszubauen, stärken wir Bildungseinrichtungen, in denen Schüler\*innen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung globaler Aspekte, demokratischer Prinzipien und kultureller Vielfalt zu befähigen sind.

So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, Biodiversitätsverlust, sozialer Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden. Dieser Bildungsansatz reicht von den Kitas bis zu den Hochschulen und in die Weiterbildung; Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) muss daher innerhalb der Strukturen des Bildungswesens für die Akteur\*innen deutlicher erkennbar werden.

Wir werden BNE auch im außerschulischen Bereich stärken. Die von uns initiierte Rahmenvorgabe Verbraucherbildung ist der erste Schritt dazu. Für die vielen engagierten

Bildungszentren im Land und die zahlreichen Bildungsinitiativen wollen wir neue Finanzierungsperspektiven entwickeln, da so die flächendeckende Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Land abgesichert werden kann. Auch die BNE-Zertifizierung von Bildungseinrichtungen werden wir vorantreiben. Außerschulische Lernorte wie Biologische Stationen, zoologische Gärten oder Biobauernhöfe bleiben für uns wichtige Partner.

### **FRAGE 37**

Wie steht ihre Partei zur Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?

#### **Antwort**

Kooperationen von Schulen mit Unternehmen sind zu Recht enge Grenzen gesetzt. Schule muss ein Ort bleiben, in dem keine Werbung Platz hat, auch nicht versteckt. Fälle wie die „Frühstücksdosen von RWE“ sind unzulässig. Hier müssen Schulleitungen besser sensibilisiert werden, um entsprechende Angebote richtig einschätzen zu können.

### **FRAGE 38**

Wie steht ihre Partei zu genderneutralen Sprache und warum gendern Sie in ihrem Wahlprogramm?

#### **Antwort**

Grüne gendern von jeher nicht nur unsere Wahlprogramme. Immer noch reagieren einige mit Kopfschütteln oder Hohn. Für uns Grüne ist es aber ein Ausdruck, dass Sprache auch ein Welt- und Menschenbild ausdrückt. Für uns gibt es nicht nur ein Geschlecht. Die Welt ist bunt, das soll auch ausgedrückt werden.

### **FRAGE 39**

Wird ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?

#### **Antwort**

Wir haben das Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr geändert. Die Diskussion über die Bundeswehr, sowohl die Frage der Sicherheits- und Friedenskonzepte, der Auslandseinsätze und Kriegshandlungen wie auch die Fragen von Wehrpflicht und das historische Erbe, gehört notwendig zum Gegenstand politischer Bildung. Alle Aktivitäten, die einen werbenden Charakter für die Bundeswehr haben, sind gemäß des Beutelbacher Konsenses in der Schule konsequent zu unterbinden. Unabhängig von der Frage der Kooperation von Bundeswehr und Schule muss die politische Bildung in der Schule weiter gestärkt werden.

Es hat sich in der Anhörung im NRW-Landtag deutlich gezeigt, dass ein Kooperationsvertrag,

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW**  
**WPS-083 LSV NRW**

wie ihn die CDU-Ministerin geschlossen hatte, allein für die Bundeswehr keinen Sinn macht. Ein solcher Vertrag macht jedoch aus einer anderen Perspektive Sinn, nämlich dann, wenn er gewährleistet, dass NGOs, Friedensinitiativen und FriedensforscherInnen verbindlich zu Diskussionsveranstaltungen mit der Bundeswehr zugelassen werden.

Die Vertreter der Bundeswehr bringen nicht alle notwendigen Diskussionsaspekte ein. Zudem dürfen Antworten nicht nur aus einer Sichtweise heraus gegeben werden. Dazu gehören u. a. ethisch-moralische Fragen, die Konfrontation mit Verletzungen, Tod und Töten und die Frage, wie die Bundeswehr mit der großen Zahl von Soldat\*innen umgeht, die traumatisiert aus dem Einsatz kommen und wie sie diese Entwicklung bewertet.

Hierfür haben wir auch Mittel eingestellt, damit Fahrtkosten und Aufwand der Experten\*innen z. B. aus Friedensinitiativen und Kirchen, meist ehrenamtlichen Vertreter\*innen, erstattet werden können. Gerade über die SV sollte die Beteiligung konsequent eingefordert werden.